Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Détente heisst nach der offiziellen Sprachregelung Moskaus nicht nur Konfliktlösung auf dem politischen Felde, sondern auch *Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen*, wobei unter Normalisierung in der Hauptsache zwei Dinge verstanden werden: einmal Aufhebung der Diskriminierung der sowjetischen Exporte nach dem Westen – gedacht wird in erster Linie an die Einräumung der Meistbegünstigung durch die USA – und sodann Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen dergestalt, dass daraus ein möglichst intensiver *Technologietransfer* nach dem Osten entsteht. Im Soge der politischen Entspannung müssen auch wirtschaftliche Naturaldividenden anfallen.

Wie aber lassen sich intensivierte Beziehungen ausgerechnet mit jenen kapitalistischen Monopolen rechtfertigen, die in der osteuropäischen Propaganda für Arbeitslosigkeit und sinkende Realeinkommen verantwortlich erklärt werden, die keine andere Zielsetzung haben, als auf dem Rücken der Arbeitnehmer ihre Profite zu erhöhen? Sie betreiben Ausbeutung reinsten Wassers. Um diesen Widerspruch kümmern sich die Propagandisten und Informationspolitiker des Kremls jedoch nicht. Sie nehmen ihn souverän in Kauf, weil er tatsächlich ja auch nicht zu überbrücken ist – es sei denn, die sowjetischen Ideologen würden sich der Mühe unterziehen, die marxistischen Zusammenbruchstheorien, die sich als Instrument für die Prognose des kapitalistischen Schicksals längst disqualifiziert haben, zu überprüfen.

Davon ist allerdings in der Sowjetunion nichts zu verspüren. Es weht ein eher steifer Wind. Das Reformklima ist in jeder Beziehung unterkühlt. Und dies wird aller Voraussicht nach noch solange der Fall sein, wie Breschnew, der in der Partei das konservative Element verkörpert, das Zepter in Händen hält. Wer in Moskau Umschau hält, stösst sehr rasch immer wieder auf die ideologische Orthodoxie, auf Unbeweglichkeit, auf strikte Linientreue, auf Misstrauen gegenüber allem, was nach Veränderung riechen könnte. Die skizzierte Bruchstelle wird deshalb wohl auch in Zukunft als Symbol des ideologischen Starrkrampfes bestehen bleiben.

Willy Linder

Kommentare

EIN EUROPÄISCHER RÜTLISCHWUR?

Gedanken zur Europäischen Sicherheitskonferenz

Ein seltsamer Zufall will es haben, dass die feierliche Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch 35 Regierungschefs ausgerechnet am 1. August, also am schweizerischen Nationalfeiertag, stattfand. Eine Art «europäischer Rütli-

schwur» also, ein gemeinsames Gelöbnis zum Respekt innerer Unabhängigkeit und äusserer Sicherheit? Sicher nicht, wenn man die Konferenz nur nach ihrer umfangreichen Schlusserklärung mit ihren zahllosen Leerformeln, der Beschwörung und Wiederholung von an sich Selbstverständlichem und den jede Verpflichtung einschränkenden Vorbehalten beurteilt. Sicher auch nicht, wenn man daran denkt, dass es – Symbol europäischer Schwäche – der Bei- und Mithilfe der Vereinigten Staaten bedurfte, um auch hier das machtpolitische Gegengewicht zur Kontinentalmacht Sowjetunion herzustellen. Und schliesslich erst recht nicht, wenn man bedenkt, dass dieser «Bundesbrief» ja keineswegs die Unabhängigkeit für alle, sondern ganz im Gegenteil den osteuropäischen Besitzstand für Moskau besiegeln soll.

Ernüchternde Wirkung

Von Erich Kästner stammt das resignierend doppelsinnige Wort, «mit den Deutschen sei kein Staat zu machen». Ist, so wäre man am Ende eines dreissigmonatigen Feilschens um Europas «neue Kleider» versucht zu fragen, mit den Europäern eine Konferenz oder gar erst ein besseres Europa zu machen? Viele haben die Frage verneint: wo es zu Beginn der Mammutveranstaltung nur wenige waren, sind es heute, sozusagen «nach Tisch» und nach Vorlage des Endproduktes, erheblich mehr. Dass der Berg eine Maus geboren hat, ist die nächstliegende, aber eben nur teilweise zutreffende Bilanz eines mit viel Aufwand, nationalen Egoismen und kräftigem Druck, aber vielfach auch gutem Willen und Engagement betriebenen diplomatischen Grossmanövers. Wo Ernüchterung allzu hoch geschraubter Erwartungen nötig und unvermeidlich schien – hier wurde sie in reichlichem Masse geliefert; übrigens hüben und drüben. Das ist in mancher Hinsicht auch gut so, weil auf diese Weise Wunsch und europäische Wirklichkeit wieder einmal in ihre richtigen Proportionen gerückt wurden. Darauf und auf die grundsätzliche Problematik des Konferenzunternehmens wird noch zurückzukommen sein.

Wer zunächst nach positiven Aspekten fragt, könnte immerhin auf einige Bereiche hinweisen, in denen sich zeigen liesse, dass der Westen und bestimmt auch die bündnisfreien oder neutralen Länder manches erfolgreich durchgesetzt haben. Dabei geht es nicht nur oder nicht einmal in erster Linie um errungene Erfolge bei Formulierungen, sondern um einige Aspekte allgemein politischer Natur.

Für einmal: die KSZE-Erklärung soll in allen Teilnehmerländern veröffentlicht und möglichst weit verbreitet werden. Das gilt auch und gerade für die kommunistischen Staaten. Manche in der Erklärung festgehaltenen Thesen werden für sowjetische und osteuropäische Augen neu sein. So etwa, dass Grenzen nicht «unverrückbar» (wie es ursprünglich die Sowjetunion gefordert hatte), sondern durch friedliche Mittel oder Vereinbarung veränderbar sind, oder dass alle Völker jederzeit das Recht haben, «in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äusseren politischen Status zu ändern» oder auch, dass sie «das Recht auf Neutralität» haben. Man mag diese Sätze angesichts der Machtverhältnisse in Osteuropa als Leerformeln bezeichnen. Dagegen lässt sich nur

einwenden, dass von sich aus die Sowjetunion den Volksdemokratien solche Formulierungen nie zugestanden hätte. Die psychologische Wirkung dieser und anderer Zusagen auf kommunistischer Seite ist nicht zu unterschätzen; an sie im gegebenen Moment die Sowjetunion zu erinnern, ist nicht zuletzt eine Sache der westlichen Länder.

Unerwartete politische Akteure

Der Zwang, gemeinsame Positionen für die KSZE zu erarbeiten, bildete Ansatzpunkt und Katalysator der politischen Zusammenarbeit unter den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Indirekt gefördert durch das laue Interesse der Vereinigten Staaten an der Konferenz sahen sich die EWG-Länder immer wieder als Gemeinschaft herausgefordert. Sie hatten sich damit in eine – oft genug noch rudimentäre – Abstimmung auf aussenpolitischem Feld einzuüben, wie sie zuvor nicht bestanden hatte. Das ist, bei aller Misere europäischer Zusammenarbeit, ein Gewinn. Wo er nicht durch die Versuchung zu nationalen Alleingängen wieder untergraben wird, kann er gerade für die Ost-West-Beziehungen nützlich sein.

Der dritte Pluspunkt geht zu den unabhängigen Klein- und Kleinststaaten. Sie spielten auf der Konferenz eine oft eigenwillige, gelegentlich aber durchaus hilfreiche Rolle. Indem sie, gestützt auf das Prinzip allseitiger Zustimmung (Konsensus), bereits getroffene Absprachen der «Grossen» unterliefen oder eigene Vorschläge einbrachten, etablierten sie sich – zur Überraschung mancher und zum Ärger einiger – als eine Art «dritte Kraft». Hätte es sie nicht gegeben, wäre den sowjetischen Delegierten manche mühselige Diskussion erspart geblieben. Ein Land wie Rumänien hätte sich in seiner häufig eigensinnigen Herausforderung der sowjetischen Vormacht kaum so exponieren können, ohne nicht sogleich in den Verdacht der NATO-Freundlichkeit zu geraten. Dass Neutrale im Zeichen der «Entspannung» aussenpolitisch Profil gewinnen und ihr Selbstverständnis sich und anderen gegenüber verdeutlichen können, war nicht von vorneherein zu erwarten. Es wird nicht ohne Wirkungen nach aussen wie nach innen bleiben.

Die Schweiz darf sich darüber hinaus zugute halten, dass ihr Vorschlag zur friedlichen Streitschlichtung als einziger namentlich in der Schlussakte erwähnt und als Mandat zur weiteren Prüfung festgehalten wurde. Niemand, auch Bern nicht, macht sich Illusionen über die Erfolgschancen dieses Vorschlages. Selbst wenn seine Aufnahme nur eine Geste der Höflichkeit gegenüber unserem Land war, bleibt der für viele Staaten unbequeme Gedanke einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit vorläufig auf der europäischen Traktandenliste.

Viertens und vielleicht am bedeutsamsten bleibt die Tatsache, dass sich 35 Staaten aller Couleur und Grösse während über zwei Jahren über Natur und Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen auseinandergesetzt und dabei, im Guten wie im Schlechten, ein wesentlich realistischeres Bild voneinander gewonnen haben. Beides wird nicht ohne Spuren in der europäischen Diplomatie und den nationalen Kanzleien bleiben. Möglichkeiten und zumal Grenzen der «Koexistenz» las-

sen sich nunmehr anhand zahlloser Protokolle nachweisen. Zugleich hat der manchmal überstrapazierte Grundsatz des Konsensus die Grossmächte gezwungen, von den Kleinstaaten Notiz, ja sie sogar ernstzunehmen. So haben die Sowjetdiplomaten, vielen Augenzeugen zufolge, wohl zum ersten Male lernen müssen, sich mit Argumenten solcher Länder auseinanderzusetzen, die sie bisher entweder ignorierten oder mit schwerer Hand vom Tische wischten. All das, mit seinen vielfältigen persönlichen und politischen Verästelungen neuer Kontakte, Denkanstösse, besseren Verständnisses und differenzierterer Urteile über den andern, lässt sich in seiner Bedeutung weder gewichten noch beweisen. Es verdient trotzdem einen Platz im Urteil über die KSZE, gerade weil deren bedenkliche Seiten so stark im Vordergrund stehen.

Zweierlei Status quo

Die Geister scheiden sich bei der Frage, ob die Konferenz kaum mehr als die endgültige Sanktionierung des Status quo im geteilten Nachkriegseuropa oder den Ansatzpunkt zu einer neuen Phase zwischeneuropäischer Beziehungen bildete – oder beides. So dürfte es wohl die Sowjetunion sehen: wie schon so oft, hat sie sich das eine gesichert und das andere offen gelassen. Im Gegensatz zum Westen hat sie den Status quo stets als einen dynamischen Prozess verstanden. Die ihr jetzt mit Hilfe der KSZE gelungene gesamteuropäische Sanktionierung des Status quo schliesst keineswegs aus, dass sie auf seine Veränderung im Westen zu ihren Gunsten verzichtet hat. Anders als der jetzt in Osteuropa gesicherte territoriale Besitzstand lässt sich in sowjetisch-kommunistischer Sicht die gesellschaftspolitische Entwicklung im Westen in Richtung auf den Kommunismus nicht «einfrieren» oder durch eine KSZE-Erklärung ein- für allemal festlegen. Die westliche Wirtschaftskrise oder Ereignisse von Indochina bis Portugal dienen als Bestätigung dieser Auffassung. Da Moskau zudem darauf besteht, dass sich das weltpolitische Kräfteverhältnis ständig zugunsten des «sozialistischen Lagers» verschiebt, fühlt es sich auch viel besser in der Lage, die politische Entwicklung im Westen im eigenen Sinne zu beeinflussen. Es steht damit zu erwarten, dass mit dieser als «Status quo plus» bezeichneten Zielsetzung die Sowjetunion das KSZE-Dokument keineswegs etwa statisch, sondern als aktives Instrument ihrer Politik einsetzen wird.

Nichts wäre deshalb irriger als der Glaube, mit der feierlichen Konsekration der europäischen Teilung habe man sich eine Periode ungestörter Stabilität und Ruhe erkauft. Genau dies aber lässt die Haltung mancher westlicher Länder befürchten. Für sie ist der Gedanke einer gezielten Veränderung dieses Status quo in weite Ferne gerückt. Sie scheuen sich vor der in ihren Folgen tatsächlich unabsehbaren Auflockerung Osteuropas und haben sich im Grunde genommen längst mit dessen unbegrenzter Zuordnung zum sowjetischen Einflussbereich mitsamt einem geteilten Deutschland abgefunden. Hinter dieser durch manches zu rechtfertigenden Haltung liegt aber auch der Verzicht darauf, den Status quo im westlichen Sinne zu beeinflussen, Osteuropa also weiterhin als unabdingbaren Bestandteil einer gesamteuropäischen Ordnung zu sehen. Gerade eine solche Po-

litik entspräche – nicht unähnlich der sowjetischen, aber mit umgekehrter Blickrichtung – einer dynamischeren Auffassung von den wünschbaren Veränderungen und künftigen Entwicklungen in Europa, die ja nicht nur auf dessen westlichen Teil begrenzt bleiben.

Dieser Auffassung waren manche westliche Staaten zumindest vor der KSZE. Sie vertraten damals die Meinung, dass die Konferenz nur dann sinnvoll sei, wenn sie als erster Schritt zur Überwindung des politischen Status quo in Europa diene. Von solchen Vorsätzen ist wenig oder nichts übriggeblieben. Die westliche Politik ebenso wie die Konferenz selbst zeigten sich eindeutig überfordert: denn «Koexistenz» und erst recht nicht «aktive Entspannung» und «Annäherung» zwischen einer Vielfalt von Staaten unterschiedlicher politischer Observanz, sozialer Struktur und wirtschaftlicher Ordnung lassen sich nicht ein- und für allemal in ein noch so weitgestricktes Korsett von Anstandsregeln, Richtlinien und Absichtserklärungen einspannen. Dass es dennoch mit einer wahrhaft gigantischen Anstrengung versucht wurde, hat Europa als Ganzem nur Marginales eingebracht. Zugleich hat es aber zu einer weiteren Abwertung seines politischen Vokabulars geführt. Es gibt fortan kaum einen Begriff, von «Demokratie» und «Frieden» über «Entspannung» und «Gleichheit» bis zur «Selbstbestimmung» und «Freiheit», der nicht durch die Deklaration in das Zwielicht doppelbödigen Verständnisses und vieldeutiger Auslegung gerückt wäre. Sollte etwa mit der Einigung auf gleichlautende Ausdrücke die Illusion geweckt werden, Europa spreche nun endlich wieder eine gemeinsame Sprache?

Ungelöste Aufgabe

In mancher Hinsicht erinnert die in Helsinki verabschiedete Bestätigung des Status quo, abgesegnet durch 35 Regierungschefs und abgesichert durch eine sowjetisch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft, an die «Heilige Allianz» von 1815: auch sie war ein Versuch, ein vom Krieg und von gesellschaftspolitischen Umwälzungen geschütteltes Europa nach innen und aussen hin einzufrieren. Im Rückblick auf diesen Versuch schrieb Jacob Burckhardt Jahrzehnte später: «Der lange Friede seit 1815 hatte den täuschenden Schein erweckt, als wäre ein Gleichgewicht der Mächte erreicht worden, welches ewig dauern könnte. Jedenfalls rechnete man von Anfang an zu wenig auf den beweglichen Geist der Völker.»

Genau das scheint sich jetzt in Genf und Helsinki wiederholt zu haben. Zwar versuchte der Westen, im Rahmen der von ihm akzeptierten Zweiteilung Europas, deren Härten zu mildern und den Spielraum für Kontakte und Information etwas zu erweitern. Im Ansatz war dies zweifellos richtig, blieb aber auf ausgewählte Bereiche und Personenkreise begrenzt. Die entscheidende Frage nach Stellung und Freiheit des Menschen überhaupt blieb ungestellt. Wo fehlende Courage oder falsche Rücksicht sie nicht zu stellen wagten, ging sie im Gestrüpp der Details oder im Wirbel der Formulierungsakrobatik unter. Gerade sie wäre jedoch die grundlegend politische Frage gewesen, denn sie rührt an jene Essenz europäischen Wesens, auf die Jacob Burckhardt anspielte. So entstand der ungute Eindruck, dass die Machtverteilung auf dem Kontinent und die Unfähigkeit zur echten Reform oder Liberalisierung in

dessen östlichem Teil ihre Erörterung auf unabsehbare Zeit zu einem Tabu machen.

Gewiss ist richtig, dass Wert oder Unwert des KSZE-Dokuments in vielem davon abhängen, was man mit ihm macht. Dem Westen böte es zweifellos ein Instrument politischen Handelns gegenüber Osteuropa. Eigenartigerweise war es nicht ein westlicher Staatsmann, sondern Breschnew selbst, der einmal sagte, das Problem der europäischen Sicherheit sei nicht nur ein aussenpolitisches Problem, sondern auch ein «höchst bedeutsames gesellschaftliches». Natürlich dachte der Kremlführer dabei ausschliesslich an eine gesellschaftliche Umwälzung im Westen. Sicherheit ist aber nie einseitig. Nichts wäre bedenklicher, als wenn im Westen der Eindruck Raum gewänne, mit der KSZE-Schlussakte sei nun eine Plattform friedlichen Zusammenlebens geschaffen, die machtpolitisches Übergewicht neutralisiere und hinreichend Schutz vor Machtpolitik biete. Echte und dauerhafte Sicherheit in Europa kann es nur geben, wo auch innenpolitisch die Möglichkeit friedlichen Wandels gegeben ist, wo mit anderen Worten der «bewegliche Geist der Völker» sich überall frei und ungestraft entwikkeln kann. Dies bleibt als Ziel europäischer Politik trotz oder vielleicht gerade wegen der KSZE unverändert aktuell.

Curt Gasteyger

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFTEN: WO KEIN WILLE IST...

Rückblende in längst vergangene Zeiten: am 19. und 20. Oktober 1972 versammelten sich in Paris die Regierungschefs der EG-Länder, erstmals zu neunt. Im Hochgefühl der geglückten Erweiterung entwarfen sie ein Prachtsgemälde für die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft: sie «bekräftigten den Willen», bis Ende 1980 stufenweise die volle Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu verwirklichen, flankiert von gemeinsamer Regional-, Sozial-, Industrie-, Umwelt- und Energiepolitik. «Als vornehmstes Ziel» setzte der Gipfel sich, «vor dem Ende dieses Jahrzehnts in absoluter Einhaltung der bereits geschlossenen Verträge die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln».

Am 9. und 10. Dezember 1974 wiederum in Paris versammelt, mussten die Regierungschefs feststellen, «dass es infolge der Ereignisse im internen und internationalen Bereich nicht möglich war, die erwarteten Fortschritte auf dem Wege zur WWU zu erzielen, und versichern, dass in dieser Hinsicht ihr Wille nicht wankend geworden ist». Von 1980 als Zieljahr war allerdings nicht mehr die Rede, auch nicht für die «Europäische Union». Dafür soll nun immerhin abgeklärt werden, was man sich unter dieser Union überhaupt vorstellen könnte: der belgische Premierminister Leo Tindemans erhielt den Auftrag, bis Ende 1975 einen Bericht vorzulegen. Die beiden wichtigsten Akten in Tindemans' Dossier sind bereits bekannt: eine Resolution des EG-Parlaments und ein Bericht der EG-Kommission zum Thema «Europäische Union».

Auch wenn sich beide Dokumente darum bemühen, dem «Dogmatismus» aus dem Wege zu gehen, so leben doch in ihnen die alten Streitfragen der europäischen Integration wieder auf: Welche Stellung sollen die gemeinsamen Organe gegenüber den Einzelstaaten haben, und sind starke Institutionen die Voraussetzung für wirksame Zusammenarbeit oder eher das Endergebnis schrittweise aufgebauter «konkreter Solidarität» zwischen den Staaten?

Mit «kleinen Schritten» stehengeblieben

Jetzt, wo die «kleinen Schritte» der EG immer kleiner geworden sind und zum Teil sogar rückwärts geführt haben, ist die Beantwortung der «Huhn-oder-Ei-Frage» zwischen Institutionen und Politik nicht unbedingt einfacher geworden. Eine Studiengruppe unter dem ehemaligen EG-Kommissionsmitglied Robert Marjolin hat den bisherigen Misserfolg der WWU auf drei Hauptursachen zurückgeführt: «Widrige Ereignisse, ein mangelnder politischer Wille und eine unzulängliche Vorstellung davon, was eine WWU ist ... In einer WWU überlassen die einzelstaatlichen Regierungen den gemeinsamen Institutionen den Einsatz aller währungs- und wirtschaftspolitischen Instrumente, deren Einsatz nur in der gesamten Gemeinschaft wirksam ist ... (Diese Institutionen müssten) ähnlich wie die Organe eines Bundesstaates funktionieren. Damit ist die Vorstellung in Frage gestellt, die zwanzig Jahre lang den Überlegungen zahlreicher Europäer zugrunde lag, dass nämlich eine europäische politische Union insbesondere auf wirtschaftlichem und währungspolitischem Gebiet fast unmerklich entstehen würde. Dies war das ‹Europa der kleinen Schritte›. Offensichtlich bestätigt die bisherige Entwicklung in keiner Weise die Richtigkeit dieser Vorstellung.»

Es wäre falsch, den Fehler der europäischen Gründergeneration von 1950 anzulasten. In Anlehnung an Lenins Wort vom Kommunismus als «Rätemacht plus Elektrifizierung» sagte Jean Monnet 1955: «Die Vereinigten Staaten von Europa, das ist eine bundesstaatliche Gewalt plus die friedliche Nutzung der Kernenergie.» In der Montanunion waren ab 1952 – unter Monnets Inspiration und dann Vorsitz – wesentliche Kompetenzen für die Sektoren Kohle und Stahl einer gemeinsamen «Hohen Behörde» übertragen worden. Die schrittweise Ausdehnung dieses Rezepts – für jede gemeinsame Politik entsprechende Institutionen – sollte schliesslich der umfassenden politischen Union zum Durchbruch verhelfen – nicht «unmerklich», sondern durch zwingende Einsicht in ihre Notwendigkeit. Als 1957 nicht nur die Atomgemeinschaft, sondern gleich auch die allgemeine Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde, war Monnet misstrauisch: die gemeinsamen Kompetenzen wurden zwar schlagartig erweitert, waren aber nicht mehr so tiefgreifend wie in der Montanunion. Laut Sicco Mansholt, dem «Vater» der EG-Agrarpolitik, wussten die EG-Kommissare immer, dass eine politische Verstärkung der Gemeinschaftsorgane nötig war. Im Zeichen des Streits mit de Gaulle über EG-Kompetenzen und -Erweiterung blieb aber, wie sich Mansholt letztes Jahr in einem Interview rechtfertigte, nichts anderes übrig, als sich auf die praktische Organisation des

«Gemeinsamen Marktes» zu konzentrieren.

Kommt man mit solchem «Pragmatismus» heute noch weiter? Der bereits zitierte Marjolin-Bericht fragt, «ob die Voraussetzung für eine WWU nicht vielmehr eine tiefgreifende und sich nahezu sofort – wenn auch nach eingehenden Erörterungen – vollziehende Veränderung wäre, die zu einem präzisen Zeitpunkt zur Schaffung europäischer politischer Institutionen führen müsste». Der Wille dazu müsse sich aber «erst im Handeln bewähren und stärken. Zu einem Zeitpunkt, an dem Europa ernsten Gefahren ausgesetzt ist, die ‹Inflation›, ‹massive Zahlungsbilanzdefizite›, ‹Arbeitslosigkeit› heissen, besteht die einzig vernünftige und mögliche Lösung für die Mitgliedstaaten darin, gemeinsam und in Zusammenarbeit mit Nordamerika und Japan diesen Gefahren zu begegnen, ohne sich zuviele Fragen über die längerfristigen Probleme zu stellen. Wenn angesichts dieser ernsten Bedrohungen ein Mindestmass an Einheit und Kohäsion nicht aufgebracht werden kann, erscheint es nicht sehr zweckmässig, die Diskussion über die WWU oder die Europäische Union fortzusetzen». Als Vorbereitung soll aber doch schon jetzt die «finanzielle Solidarität» gestärkt werden, namentlich dank grösseren Währungskrediten und Gemeinschaftsausgaben («durch ein gemeinschaftliches Besteuerungssystem zu finanzieren») sowie dank einer EG-Arbeitslosenkasse.

Der «qualitative Sprung»

Gerade was Geld kostet oder Disziplin in der nationalen Politik erfordert, ist aber in der heutigen EG nur sehr mühsam oder überhaupt nicht zu verwirklichen. Die Brüsseler EG-Kommission findet zwar auch, als Voraussetzung für die Europäische Union müsse durch Sofortmassnahmen gegen die Wirtschaftskrise «dem Gemeinschaftsunternehmen Glaubwürdigkeit und Aktualität wiedergegeben werden». Gerade die Krise aber lässt die Aussichten auf Erfolg gering erscheinen: «Da die Mitgliedstaaten zu rein nationalen Gegenmassnahmen neigen, haben sie sich dem internationalen Dialog nicht geschlossen gestellt. Die Gemeinschaftsorgane haben sich als zu schwach und ihre Mittel als zu bescheiden erwiesen, um eine Tendenzwende herbeizuführen.» Auch von den Versuchen, fehlende Gemeinschaftspolitik durch Koordinierung zwischen den Einzelstaaten zu ersetzen, verspricht sich die Kommission nicht viel: «In Bereichen, wo auf Gemeinschaftsebene keine oder nur ungenügende Aktionsmittel und Rechtsvorschriften existieren, waren die Regierungen nicht in der Lage, für sich allein einen gemeinsamen Willen von ausreichender Kontinuität zu entwickeln, um auf die nationalen Strukturen einzuwirken und die Entwicklung auf gemeinsame Ziele auszurichten. Ein rein zwischenstaatliches Verfahren kann zwar zu Solidaritätsäusserungen führen, die aber zwangsläufig fragwürdig und ohne ausreichende politische Kraft bleiben.»

Die EG-Kommission zweifelt an der Möglichkeit, durch stufenweise parallele Verstärkung von Institutionen und Befugnissen zur «Europäischen Union» zu gelangen; sie zieht die Methode des «qualitativen Sprungs» vor: «Mit Errichtung der Union würde eine institutionelle Reform vorgenommen, die weitreichend genug ist, damit die neuen Organe eine ‹Aufnahmestruktur› zum

allmählichen Einsatz oder zur fortschreitenden Verstärkung der Unionskompetenzen abgeben und die Entwicklung der Union auf ziemlich lange Sicht steuern können.» Dazu wäre ein neuer Vertrag nötig; die Kommission lässt es offen, ob er von einer Konferenz von Regierungsvertretern ausgearbeitet werden soll, oder aber vom EG-Parlament, nachdem es direkt vom Volk gewählt wird. Zurzeit besteht es noch aus Delegationen der nationalen Parlamente, doch nach Gipfelbeschluss (dem Grossbritannien und Dänemark noch nicht zugestimmt haben) sollen die ersten direkten EG-Wahlen 1978 stattfinden.

Die Kommission will «gemäss dem Subsidiaritätsprinzip der Union nur diejenigen Aufgaben übertragen, die die Mitgliedstaaten nicht mehr wirksam erfüllen können». Das ist nicht wenig: Steuerung der Geldmenge im Innern und Devisenpolitik nach aussen durch eine eigene Zentralbank mit gemeinschaftlicher «Parallelwährung» neben den nationalen Währungen; eigene Steuern für einen Haushalt, der der Umverteilung zwischen Regionen und sozialen Gruppen sowie immer mehr auch der globalen Wirtschaftssteuerung dienen würde, Instrumente der direkten Intervention auf zahlreichen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für alle Gebiete, die sie im Innern verwaltet, müsste die Union auch nach aussen zuständig sein – «nach einer Phase der Verstärkung des Zusammenhalts» auch für die Verteidigung.

«Die Aufzählung dieser unterschiedlichen Aufgaben zeigt, dass in dem institutionellen System der Union die Grundfunktionen einer staatlichen politischen Organisation vorgesehen werden müssen, das heisst eine gesetzgebende Gewalt, eine Regierungsgewalt, eine rechtsprechende Gewalt und ein Verfahren zur Verfassungsänderung.» Für die Gesetzgebung wären die gewählte Volksvertretung und eine aus den nationalen Regierungen hervorgehende Staatenkammer gemeinsam zuständig. In der bisherigen EG-Gesetzgebung hat das Parlament nur beratende Stimme, der Ministerrat (Vertreter der Regierungen) entscheidet. Überdies «regiert» der Ministerrat auch, soweit die Verwaltungsaufgaben nicht der Kommission übertragen sind. «Die mangelnde Effizienz der derzeitigen Organe beruht insbesondere auf der zweigleisigen Rolle des Rates», stellt die Kommission fest und schlägt vor, die gesamte Regierungsgewalt solle an ein «kollegiales Organ» übergehen, «das aus Persönlichkeiten bestünde, die von den nationalen Regierungen unabhängig sind». Während die jetzige Kommission von den Regierungen ernannt wird und theoretisch vom Parlament abgesetzt werden kann, wären in der Union «beide Kammern gemeinsam an der Regierungsbildung beteiligt».

Da «die europäische Regierung den tatsächlichen Inhalt ihrer Legitimation, das heisst einen wirksamen politischen Kontakt zu den politischen Kräften und zur öffentlichen Meinung, nur schrittweise entwickeln kann», erwägt die Kommission auch einen «Ministerausschuss» als zusätzliches Organ. Er hätte – vielleicht nur in einer Übergangsphase – die «Aufgabe, sich in bestimmten Fällen in den Entscheidungsprozess der europäischen Regierung einzuschalten». Eine entscheidende Rolle für die Übergangszeit misst die Kommission auch dem «Europäischen Rat» bei – den Treffen, die die Regierungschefs jetzt mindestens dreimal jährlich abhalten. Funktioniere einmal die

Union, dann sollten sich die Regierungschefs auf «die schwierigsten politischen Probleme» beschränken.

Vorsichtiges Parlament

Was die Kommission da skizziert hat, ist ein Bundesstaat – auch wenn der Ausdruck mit Rücksicht auf souveränitätsbewusste Mitgliedstaaten vermieden wird. Das EG-Parlament ist in seiner Resolution noch eine Schattierung vorsichtiger. In der Begründung heisst es, «dass die Europäische Union nur ein Wert ‹sui generis› sein kann, der, soweit notwendig, bestimmte föderalistische Elemente enthält, aber doch den ursprünglichen Charakter seiner Komponenten wahrt ... Diese Struktur wird sich auf eine elastische Aufteilung der Zuständigkeiten auf die gemeinschaftlichen, nationalen und regionalen Entscheidungsebenen stützen, wobei jeder föderalistische oder konföderalistische Dogmatismus zu vermeiden ist. Deshalb werden auch Begriffe wie ‹Solidarität› oder Ausdrücke wie ‹gemeinschaftliche Ausübung der Souveränität› verwendet.»

In der Substanz sind die Ideen des Parlaments über Befugnisse und Organe der Union jenen der Kommission sehr ähnlich, aber sie sind allgemeiner gehalten. Die Union brauche:

— «Ein Organ, das die Mitwirkung der Mitgliedstaaten am Entscheidungsprozess der Union sicherstellt»;
— ein Parlament, das Haushalts- und Kontrollbefugnisse besitzt und zumindest gleichberechtigt an der Rechtsetzung teilnimmt, wie es ihm als Vertretung der Völker der Union zukommt;
— ein einziges Entscheidungszentrum mit den Kennzeichen einer echten europäischen Regierung, die von den nationalen Regierungen unabhängig und dem Parlament der Union verantwortlich ist.

Die Kommunisten stimmten dagegen, die britischen Labour-Abgeordneten und einige dänische Sozialisten enthielten sich der Stimme, alle andern Parteien nahmen die Parlamentsresolution an – auch die britischen Konservativen, obwohl sie die Nennung eines «von den nationalen Regierungen unabhängigen» Organs für verfrüht hielten, und auch die Gaullisten, obwohl nach ihren «konföderativen» Vorstellungen die Exekutive «von den nationalen Regierungen kommen» müsste. Der Unterschied zwischen Konföderation (Staatenbund) und Föderation (Bundesstaat), so erklärten die Gaullisten jetzt, sei nur, dass bei der ersten die Mitglieder einem supranationalen Organ Befugnisse abträten, während bei der zweiten dieses Organ die Befugnisse unter Umgehung der Staaten an sich risse.

Die Zustimmung der Zögernden erreichte das Parlament damit, dass es die nähere Beschreibung der Union als verfrüht bezeichnete: «Die Union kann nur in einem Prozess der ständigen politischen Entwicklung verwirklicht werden, der alle Bestimmungen und Möglichkeiten der bestehenden Verträge ... maximal ausnutzt, um den Grad der Solidarität, der für die Umwandlung der gegenwärtigen Gemeinschaft in eine Organisation, deren Beschlüsse für alle verbindlich sind, unerlässlich ist, konkret und rasch zu verwirklichen.» Das betrifft substantielle Politik wie auch die Organe: namentlich soll der Mini-

sterrat bei seinen Beschlüssen nicht mehr über die Ansicht des Parlaments hinweggehen können – erst wenn ein Konzertierungsverfahren allfällige Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt hätte, käme ein Beschluss zustande.

Abgesehen davon, dass dieses Verfahren die Entschlusskraft der EG nicht gerade steigern würde, ist es juristisch fraglich, ob es in den bestehenden Verträgen Platz hätte. Auch waren bisher die nationalen Regierungen und damit der Ministerrat bei Kompetenzübertragungen an das Parlament so knausrig, dass die Gleichberechtigung des Parlaments durchaus ein «qualitativer Sprung» wäre. Versteht man darunter einen Grundsatzentscheid über die Machtverteilung zwischen Union und Gliedstaaten, so kommt man auch mit dem «vorsichtigen» Verfahren des Parlamentes nicht darum herum. Die EG-Kommission hat – vom Bestehenden ausgehend – den nationalen Regierungen die europäische Gretchenfrage gestellt. Sind die Regierungen nicht bereit, wesentliche Kompetenzen in die Europäische Union einzubringen, dann sind sie auch nicht imstande, den Weg zu ebnen, um die Wirtschaftskrise gemeinsam zu meistern.

Daniel Goldstein

INDIENS «GEZÜGELTE» DEMOKRATIE

Indien, bislang als grösste Demokratie der Welt gerühmt, sorgte in den letzten Wochen für Schlagzeilen. Galt das Riesenland mit seinen 600 Millionen Einwohnern, die verschiedenen Rassen und Religionen angehören und viele Sprachen sprechen, bisher als Hort freiheitlicher Ideale, so hat die Verhängung des Ausnahmezustandes am 26. Juni diese Illusion jäh zerstört. Die Demokratie wurde seitdem weitgehend ausser Kraft gesetzt. Die Bürgerrechte sind empfindlich eingeschränkt. Nach der Ausrufung des Notstandes erlebte Indien eine Verhaftungswelle. Tausende von Personen, darunter alle führenden Oppositionspolitiker und sogar Dissidenten der regierenden Kongressspartei, wanderten ins Gefängnis. Ihnen ist die Anrufung von Gerichten verwehrt, neuerdings auch festgenommenen Ausländern. Organisationen und Parteien verschiedener Schattierungen von links bis rechts wurden verboten. Dem Ausnahmezustand fiel auch eine besondere Zierde der indischen Demokratie zum Opfer, die Pressefreiheit. Die traditionell kritikfreudigen, angriffslustigen Zeitungen des Landes unterliegen nunmehr einer Zensur, die gleichfalls die Auslandskorrespondenten betrifft. Da auch Rundfunk und Fernsehen gleichgeschaltet sind, erhält die Aussenwelt nur noch ein vages Bild von Lage und Stimmung in Indien. Doch deutet vieles darauf hin, dass die mit allen Vollmachten ausgestattete Regierung Indira Gandhis fest im Sattel sitzt. Zusätzlich hat die Ministerpräsidentin eine Reihe von Massnahmen eingeleitet, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Dazu gehören Steuererleichterungen für untere Einkommen, die Ablösung der Schulden von Kleinbauern, Preissenkungen für Nahrungsmittel.

Die Ereignisse des 26. Juni 1975 und

der Wochen danach, die «generalstabsmässig» abliefen und lange im voraus geplant gewesen sein müssen, hat Frau Gandhi mit der unverantwortlichen Haltung der Opposition begründet, die die Demokratie ausgehöhlt und das Land an den Rand des Abgrunds geführt hätte. Sie meinte damit jene fünf nichtkommunistischen Parteien, die sich unter der Führung des Volkstribunen Jayaprakash Narayan und des früheren Vizepremiers Desai zu einer Kampfaktion gegen Frau Gandhi vereint hatten, mehr und mehr Zulauf bekamen und schliesslich sogar Beamte und Soldaten zu Ungehorsam gegenüber der Regierung aufforderten. Vor allem forderten sie den Rücktritt der Premierministerin und verwiesen dabei auf das Gerichtsurteil von Allahabad, durch das ihr wegen korrupter Praktiken im Wahlkampf von 1971 für sechs Jahre die Ausübung eines öffentlichen Amtes untersagt worden war. Frau Gandhi hatte jedoch die vorläufige Aussetzung des Urteils erwirkt und Berufung eingereicht. Kein Wunder, dass Kritiker sogleich eine Verbindung zwischen dem Richterspruch von Allahabad am 12. Juni und der Verkündung des Notstandes am 26. Juni herstellten und behaupteten, Frau Gandhi habe durch ihr Vorgehen nicht, wie sie vorgab, die Demokratie, sondern ihre eigene Stellung retten wollen.

Indira Gandhi, die siebenundfünfzigjährige machtbewusste Regierungschefin, hat in ihren Erklärungen nach der Ausrufung des Notstandes durchblicken lassen, dass nach ihrer Ansicht das demokratische System westlichen Musters für Indien ungeeignet ist. In einer Ansprache vor Regierungsbeamten in Neu-Delhi sagte sie am 9. Juli: «Was wir vor den Tagen des Ausnahmezustandes hatten, war ja keine echte Demokratie, keine wirkliche Freiheit. Es war Zügellosigkeit, und kein Land kann es sich leisten, solche Zügellosigkeit zuzulassen.» Seither predigt Frau Gandhi als Alternativlösung eine neue Ordnung, die durch Disziplin und Gehorsam gekennzeichnet sein soll. Sie möchte die Übel der indischen Gesellschaft mit Stumpf und Stiel ausrotten, ob es sich nun um Korruption, Schmuggel, Preistreiberei oder Behördenschlendrian handelt. Es soll der Eindruck entstehen, als würde sich durch den Notstand alles zum Besseren wenden.

Das britische Vorbild

Die Väter der indischen Unabhängigkeit, die Veteranen der Kongresspartei, zu denen neben Mahatma Gandhi auch Jawaharlal Nehru gehörte, hatten sich nach langen Überlegungen über die für das freie Indien anzustrebende Verfassung für die parlamentarische Demokratie nach dem Vorbild der Kolonialmacht Grossbritannien entschieden. Indien wurde ein säkularer Bundesstaat mit einem Zweikammerparlament, in dem mehrere Parteien vertreten sind. Wahlen finden normalerweise alle fünf Jahre nach dem Mehrheitsprinzip statt. Nach der indischen Verfassung hat das Kabinett dieselbe Zusammensetzung und Befugnis wie das von Westminster. Die Vollzugsgewalt aber liegt formell beim Staatspräsidenten, der vom Ministerrat unter Führung des Premiers beraten wird. Der Premier wird vom Staatsoberhaupt ernannt. Er ist der Führer der stärksten Fraktion im Unterhaus. Auf seinen Rat hin werden die Minister berufen. Das Kabinett ist dem Unterhaus, der Lok Sabha, gegenüber verantwortlich und muss zu-

rücktreten, wenn es im Haus keine Mehrheit mehr innehat. In einem solchen Fall werden Neuwahlen angesetzt. Im Oberhaus, der Rajya Sabha, sitzen, wie im Senat der USA, die Delegierten der Bundesländer.

Jawaharlal Nehru, Indiens erster Ministerpräsident, hat in den Aufbaujahren alles in seinen Kräften Stehende getan, um der jungen Demokratie in seinem Lande zum Erfolg zu verhelfen. So oft wie möglich war er im Plenum des Unterhauses anwesend, nahm an den Debatten teil und bekannte sich ausdrücklich zur Rolle der Opposition, der er eine wichtige korrigierende und kontrollierende Funktion beimass. Die Presse regte er zur ausführlichen Berichterstattung über Parlamentsdebatten sowie über politische Fragen im allgemeinen an. Opposition und Presse, die seine Tochter heute als destruktiv bezeichnet, waren für Nehru wichtige Bestandteile eines funktionierenden demokratischen Lebens. Sein Bekenntnis zur Meinungsfreiheit formulierte er einmal so: «Vieles in unserem Land mag im argen liegen, die Meinungsfreiheit macht möglich, es zu verbessern.»

Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, dass die indische Demokratie von Anfang an eklatante Mängel offenbarte. Einmal besass die Kongresspartei, die die Unabhängigkeit erfochten hatte und das grosse Sammelbekken aller freiheitlichen Kräfte darstellte, seit 1947 im indischen Parlament eine geradezu erdrückende Mehrheit. Das ist bis zum heutigen Tage so geblieben. Zurzeit verfügt Frau Gandhis Partei über mehr als zwei Drittel aller Sitze. Für die Kongressführer war die Versuchung stets gross, ihre parlamentarische Übermacht zu missbrauchen. Die Gefahr einer Einparteienherrschaft, ja, einer Diktatur, bestand somit latent.

Auch bei den jüngsten Vorgängen hat sich gezeigt, dass Frau Gandhi mit Hilfe der überragenden Stellung der Kongresspartei ihren Willen durchsetzen konnte. Sie liess sich von Fraktion, Kabinett und Parteiorganisation die nötige Rückendeckung geben, um den Notstand auszurufen, der geflissentlich vom ebenfalls aus dem Kongress stammenden Präsidenten Fakhruddin Ali Ahmed auf Frau Gandhis Vorschlag hin dekretiert und vom Parlament im Juli gebilligt und verlängert wurde. Im Grund genommen hatten die Oppositionsparteien, so zahlreich sie sich auch darbieten, nie die numerische Stärke und auch nicht die Geschlossenheit untereinander, um die Kongresspartei ernsthaft herauszufordern. Nehru regierte auf einer solchen sicheren, breiten parlamentarischen Plattform bis zu seinem Tode 1964 unangefochten. Frau Gandhi ist seit neun Jahren im Amt, und auch ihr droht praktisch keine Gefahr – ausser vielleicht aus den eigenen Reihen.

Fehlte in Indiens parlamentarischer Demokratie bisher eine echte Alternative zur herrschenden Partei, so war eine weitere Schwäche, dass sie niemals im einfachen Volk Wurzeln schlagen konnte, sondern das Betätigungsfeld einer kleinen Schicht von Berufspolitikern blieb. Diese besitzen die Bildung, den Einfluss und auch das notfalls zum Stimmenkauf erforderliche Geld, um sich als Kandidaten in einem Wahlkreis durchzusetzen, um Abgeordnete zu werden oder gar ein Regierungsamt zu übernehmen. Für die Masse der Inder, die in 500000 Dörfern auf dem flachen Land lebt und zu 80% weder lesen noch schreiben kann, ist Demo-

kratie auch heute kaum mehr als ein abstrakter Begriff. Wer keine Zeitung, ja nicht einmal ein Wahlplakat lesen, wer weder ein Fernseh- noch Rundfunkprogramm empfangen kann, dürfte kaum in der Lage sein, sich eine eigene politische Meinung zu bilden und frei zu wählen. Er sieht sich allen möglichen Beeinflussungen von Familienoberhäuptern, Grossgrundbesitzern oder Geldmagnaten ausgesetzt, die durch Druck oder Einsatz finanzieller Mittel Wahlen manipulieren können. Daher gehörten Bestechung und Korruption seit je zu den politischen Praktiken in Indien. Unter solchen Bedingungen war das Volk gar nicht in der Lage, seine verfassungsmässigen Freiheiten auszuschöpfen. Für den, der um das tägliche Brot bangen muss, sind niedrigere Lebensmittelpreise wichtiger als Demokratie und Pressefreiheit. Das mag der Grund sein, warum die Notstandsmassnahmen vom indischen Volk, wie es scheint, beinahe widerstandslos hingenommen wurden, ganz abgesehen davon, dass für die Landbevölkerung das politische Ränkespiel im fernen Neu-Delhi ohnehin unverständlich ist.

Im Gegensatz zum kommunistischen China hat die indische Demokratie vor der Aufgabe versagt, die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes anzupacken und zu lösen. Vereinfacht ausgedrückt, ist die gegenwärtige innenpolitische Krise eine Folge der sozialen Missstände. 28 Jahre nach Erringung der Unabhängigkeit hat sich das Los von Hunderten von Millionen Indern nicht verbessert. Das Jahreseinkommen pro Kopf liegt unter 100 US-Dollar. Es grassieren Hunger, Arbeitslosigkeit und Unwissenheit. Die Gegensätze zwischen Arm und Reich sind gewaltig.

Die indischen Freiheitskämpfer hatten seinerzeit beschlossen, eine gemischte Wirtschaftsform einzuführen, in der der Staat eine gewisse Rolle spielen, in der dem Privatunternehmertum jedoch genügend Spielraum bleiben sollte. Es war Nehrus Grundsatz, der Privatwirtschaft möglichst viel Betätigungsfeld zu überlassen, solange sie das Ziel der Besserung des Lebens der Massen im Auge behielt. Indira Gandhi, die viel von Aussenpolitik, jedoch so gut wie nichts von Wirtschaftsfragen versteht, hat in den letzten Jahren mehr und mehr zu Sozialisierungsmassnahmen Zuflucht genommen und die verschiedensten Zweige von Industrie und Handel verstaatlicht, um auf diese Weise einen ökonomischen Aufschwung herbeizuführen. Er ist ausgeblieben. Statt dessen entstand eine schwerfällige Wirtschaftsbürokratie, die jede Initiative erstickt. Ebenso konnte die reichlich fliessende internationale Entwicklungshilfe für Indien den Lebensstandard der Massen nicht anheben. Indien erreichte zwar auf einigen Gebieten der Industrie und Technologie ein bemerkenswertes Niveau, wie die erste unterirdische Atomexplosion in der Wüste von Rajastan im vergangenen Jahr bewies, doch war der Nutzen für die Bevölkerung gleich null.

Inneres Elend, äusserer Glanz

Indiens Demokratie hat es in fast drei Jahrzehnten glänzend verstanden, ihre Schwächen nach aussen hin zu verdecken. Nehru gelang es, sein Land auf der internationalen Bühne hervorragend einzuführen. Der Mann mit dem schmalen, feingemeisselten Gesicht, der mit Vorliebe eine weisse Kappe und im

Knopfloch seines hochgeschlossenen Rocks eine halbverwelkte Rose trug, galt auf dem diplomatischen Parkett als ein Staatsmann, dessen Meinung Gewicht hatte. Er beanspruchte aufgrund von Grösse und Bevölkerungszahl sowie aufgrund der im Freiheitskampf entwickelten moralischen Prinzipien für sein Land eine Sonderrolle in Asien und in der Welt. Den Beitritt zu einem Bündnis oder Machtblock lehnte er ab und machte Indien zur Führungsnation der «Blockfreien». Er bekämpfte den Kolonialismus und trat für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für Rassengleichheit ein. Inzwischen hat Indien unter dem Druck der Realitäten an seinen hohen moralischen Grundsätzen Abstriche machen müssen. Der Angriff Chinas 1962 hatte den Verantwortlichen deutlich vor Augen geführt, dass die Gewaltlosigkeit eines Mahatma Gandhi in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wohl kaum mehr als Mittel der politischen Behauptung geeignet war. Indien begann, seine Armee zu verstärken und Machtpolitik zu betreiben. Mochte die Besetzung Goas 1961 noch als gerechtfertigte Liquidierung eines kolonialen Überrests hingehen, so zeigten die Kriege gegen Pakistan 1965 und 1971, dass Indien inzwischen das politische Pokerspiel gelernt hatte. Zudem gab Frau Gandhi durch den Abschluss eines zwanzigjährigen Freundschafts- und Beistandspaktes mit der Sowjetunion auch das Prinzip der Bündnisfreiheit preis. Sie erhielt aus Moskau Waffen zur Ausrüstung der indischen Armee und zugleich diplomatische Schützenhilfe in den Vereinten Nationen, als indische Soldaten Ende 1971 zur Unterstützung der bengalischen Freiheitskämpfer in Richtung Dacca marschierten und jede Bemühung des Sicherheitsrates um einen Waffenstillstand am sowjetischen Veto scheiterte, bis vollendete Tatsachen geschaffen waren. Pakistan wurde besiegt und geteilt, ein schwaches, anlehnungsbedürftiges Bangladesh entstand. Die Annexion des Himalaya-Staates Sikkim erst in diesem Jahr unterstreicht, dass Indien mit allen Mitteln zum Ausbau seiner Hegemonialstellung auf dem Subkontinent entschlossen ist. Dabei erfreut es sich der aktiven Unterstützung durch die Sowjetunion, die Chinas Einfluss in Südostasien zurückdrängen möchte und bei diesem Bemühen im Indien Indira Gandhis einen wertvollen Partner gefunden hat. Die Sowjetunion, der gesamte Ostblock sowie die moskautreue Kommunistische Partei Indiens haben denn auch die Verhängung des Ausnahmezustandes ausdrücklich begrüsst. Die Prawda nannte in einem Artikel die Suspendierung der indischen Demokratie einen «Triumph der Volkskräfte über die Reaktion».

Die auf verschiedenen Faktoren beruhenden offenkundigen Mängel der indischen Demokratie haben sich letztlich nicht mehr mit aussenpolitischen Erfolgsmeldungen übertünchen lassen. Seit zwei Jahren nahm die Popularität Frau Gandhis, die nach dem Sieg der indischen Streitkräfte über Pakistan 1971 einen Höhepunkt erreicht hatte, rapide ab. Im Volk machte sich die Erkenntnis breit, dass alle spektakulären Erfolge nichts zur Lösung der Alltagssorgen beigetragen hatten. Der Hindi-Slogan «Garibi Hatao» (Schafft die Armut ab), mit dem Frau Gandhi 1971 in den Wahlkampf zog, blieb ein leeres Schlagwort. Inflation, Versorgungsschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit und andere Nöte wuchsen. Die allgemeine Unzu-

friedenheit wurde von der Opposition genutzt. Als das Gerichtsurteil von Allahabad bekannt wurde, geriet Frau Gandhi tatsächlich in Bedrängnis. Sie trat die Flucht nach vorn an.

Welcher Ausweg bietet sich aus der gegenwärtigen Krise? Für einen Weg Indiens in den Kommunismus fehlen wichtige Voraussetzungen wie revolutionsbereite Massen, eine kommunistische Partei, die sie führt, und die Hilfestellung von aussen. Statt dessen erleben wir, dass das «sozialistische Lager» die grossbürgerliche Politikerin Indira Gandhi mit allen Mitteln stützt. Eine Machtübernahme durch das Militär ist nicht völlig auszuschliessen, doch nicht aktuell. Die indische Armee besitzt traditionell keinen politischen Ehrgeiz. Ausserdem fühlt sie sich Frau Gandhi gegenüber verpflichtet, die ihr besonders durch den Feldzug gegen Pakistan 1971 zu Selbstbestätigung und hohem Ansehen verholfen hat. Da sie dem Gedanken von «Law and Order» anhängt, könnte sich die Armee jedoch bei einem ausbrechenden Chaos im Lande zum Handeln gezwungen sehen. Viele Anzeichen sprechen allerdings dafür, dass der Ausnahmezustand in seiner gegenwärtigen Form längere Zeit andauern wird. Eine völlige Rückkehr zu den einstigen Freiheiten in Indien erscheint heute ausgeschlossen. Nachdem Frau Gandhi die zerstörerische Wirkung von Opposition und Presse so vehement beklagt hat, kann sie ihnen den früheren Spielraum nicht mehr zugestehen. Indien wird sich vermutlich in eine Art begrenzte oder gelenkte «Demokratie» verwandeln. In ihr wird der Grundsatz gelten, den Informationsminister Shukla jüngst formulierte: «Was die Regierung sagt, ist immer die Wahrheit», und die Regierung wiederum, das ist jetzt und in absehbarer Zukunft die von Machtstreben und Ehrgeiz beseelte Nehru-Tochter Indira Gandhi.

Hans-Dietrich Kuckuk

EIN «NEUER» *KONTINENT?*

Unter kräftigem Einsatz der verlegerischen Werbetrommel – reichlich bedacht mit Vorschusslorbeer von der falschen und mit polemischem Sperrfeuer von der linken Seite – wurde im Herbst 1974 bei Ullstein das erste Heft der Zeitschrift «*Kontinent*» ausgeliefert; inzwischen sind von diesem «literarischen, gesellschafts-politischen und religiösen» Organ drei weitere Ausgaben in russischer Sprache und, wie vorgesehen, zwei zusammenfassende Bände in deutscher Übersetzung erschienen. Der erste Jahrgang liegt somit abgeschlossen vor, und man wird nun, in kritischem Rückblick, nach dem Erreichten fragen, das Gebotene am Versprochenen messen dürfen. – Nicht der quantitative Ertrag soll hier gewürdigt werden (er ist von bemerkenswertem Umfang und grosser thematischer Vielfalt), nicht die Beiträge oder Beiträger im einzelnen (diese seien der differenzierenden Aufmerksamkeit des Lesers empfohlen); was zur Debatte steht, ist vielmehr die redaktionelle Gesamtkonzeption, es ist die ideologische Einspurung des Unternehmens, seine gei-

stige Plattform – soweit sie aus den bisher vorgezeichneten Grundlinien überhaupt ersichtlich wird.

*

«*Kontinent*» will – der Untertitel zur *deutschsprachigen* Edition besagt es – als «unabhängiges Forum russischer und osteuropäischer Autoren» gelten. Für Schriftleitung und Geschäftsführung zeichnet Wladimir Maximow verantwortlich; zu den ständigen Mitarbeitern gehören (was lediglich dem Impressum der russischen Originalausgabe zu entnehmen ist) namhafte Publizisten und Literaten, zumeist Vertreter der polnischen, der tschechischen oder der jüngsten sowjetischen Emigration (Galitsch, Nekrassow, Sinjawskij, Czapski, Pachman), aber auch bewährte westliche Beobachter der osteuropäischen Szene (Aron, Bellow, Conquest, Koestler) sowie, in der Person von Djilas, von Andrej Sacharow, zwei Repräsentanten der dissidenten intellektuellen Elite *innerhalb* des sozialistischen Lagers.

Der imposanten Zusammensetzung des Redaktionsstabs – seine politische Horizontbreite reicht von linksliberal bis christlich-konservativ, wobei der rechte Flügel deutlich dominiert – entsprechen die hehren Fernziele der Zeitschrift. Gleich vier programmatische Geleitworte werden mit massivem Aufwand an Rhetorik und an grossen Namen dem «*Kontinent*»-Erstling vorangestellt. Aus der redaktionellen Grundsatzerklärung geht hervor, dass «*Kontinent*» «nicht so sehr» ein Forum «politischer Polemik», vielmehr ein Ort der Begegnung sein soll, von dem aus «die schöpferische Kraft der Literatur und des Geistes Osteuropas» gegen den «aggressiven Totalitarismus» kommunistischer Prägung zu mobilisieren und der «Dialog mit dem Westen» aufzunehmen wäre; «*Kontinent*», so heisst es weiter im Text, wolle «neue Perspektiven» eröffnen, «neue Hoffnungen» wecken, indem er «eine neue gesellschaftliche und historische Situation zu schaffen versucht».

Neu – das ist, in allen Vorreden, das zentrale Eigenschaftswort, mit dem die «Aufgabe» von «*Kontinent*» umschrieben wird. Eine «*neue* Basis» für eine «akzeptablere Gesellschaftsordnung», eine «*neue* Ideologie» ohne marxistische Hypothek zu finden, könnte und müsste das Anliegen dieser Publikation sein (so Eugène Ionesco); «*neue* Hoffnungen» und «*neue* Perspektiven» verbinden sich auch für Alexander Solschenizyn mit dem Erscheinen der «*neuen* Zeitschrift», doch er schränkt ein: «Das Ergebnis unserer Anstrengungen bleibt nicht selten hinter unseren Hoffnungen und Erwartungen zurück.» – Solschenizyns Bedenken sind, angesichts seines Maximalprogramms, plausibel; er geht, ohne irgendwelche Zweifel oder auch bloss Fragen aufkommen zu lassen, davon aus, dass die gesamte «Intelligenzija Osteuropas» *eine* gemeinsame Sprache spricht, die «Sprache des Wissens um das Leiden», jene Sprache also, die *allein* fähig und würdig ist, von der Freiheit zu künden und der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen: «Wehe Westeuropa, wenn seine Ohren taub bleiben.»

Bescheidener – realistischer – bleibt demgegenüber Sacharow; er sieht die «Aufgabe nun darin, möglichst authentische Information über die sozialistischen Länder und auch die übrige Welt

zu vermitteln», und er, der weitsichtige Physiker, möchte die «verborgensten Winkel des Lebens» erhellt sehen, in die nur «der intuitive Blick der Kunst» einzudringen vermag. – Die von Sacharow gehegten Erwartungen hat «*Kontinent*» in seinem ersten Jahr am überzeugendsten erfüllt – einerseits durch die Veröffentlichung mehrerer literarischer Arbeiten hohen Rangs und bleibender Aktualität (Lyrik von Seifert, Baconsky, Brodskij; Prosa von Kornilow, Nekrassow, Maramsin), andererseits mit faktographischen, autobiographischen und publizistischen Beiträgen primär informativen (oder dokumentarischen) Charakters, wozu – allen voran – die Texte von Golomschtock und Jedlička, die Zeugnisse von Korschawin, Pjatigorskij und Silva Salmanson gehören.

*

«Wir sprechen im Namen des gesamten *Kontinents* der Kultur der Länder Osteuropas.» Solches ist im (nicht übersetzten) zweiten Teil des redaktionellen Vorspanns zur *russischen* Originalausgabe, Heft 1, zu lesen; und weiter: «Wir sind bemüht, um uns herum einen vereinigten *Kontinent* aller antitotalitären Kräfte im geistigen Kampf um die Freiheit und die Würde des *Menschen* zu schaffen»; und wieder: «Wer Ohren hat zu hören ...»

Damit wird der Anspruch und wird die Problematik des Unternehmens etwas deutlicher: der neue «*Kontinent*» soll sich, wenn auch durchaus mit kämpferischem Aktualitätsbezug, auf die ewigen Fragen der Menschheit besinnen, auf das alte Wahre, auf Freiheit und Gerechtigkeit, auf die Sendung des Ostens und die Rettung der Welt. Wo ist dieser pathetische – im übrigen keineswegs *neue* – Anspruch begründet? Wie wird er vom «vereinigten Kontinent» Osteuropas erfüllt? – Würde (und wollte) man sich, ausserhalb des «totalitären» Herrschaftsbereichs, den geistigen Aufriss dieses Kontinents zu eigen machen – «bedingungsloser religiöser Idealismus» christlichen Zuschnitts bildet den Rahmen dazu – man könnte dennoch, nach der Façon eines Maximow, eines Solschenizyn oder Sinjawskij, *nicht* selig werden, da, den Einsichten dieser Autoren gemäss, im «freien» Westen, wo *Freiheit* absolut gesetzt und also missbraucht werde, die Dimension des millionenfachen Leids fehlt – jene Dimension, die den individuellen Erfahrungshintergrund ausmacht, welchem allein die Kraft des Wahrheitsbeweises, das Recht der Zeugenschaft und der lebendige «Geist» einer weltweiten religiösen Erneuerung innewohnen. Dieser für «*Kontinent*» grundlegende Ansatz ist in der deutschen Edition stillschweigend getilgt worden; um so befremdlicher wirkt es daher, von Schriftleiter Maximow das folgende Diktum zu vernehmen: «Man kann dem – (das heisst dem kategorischein *Nein* zum Sozialismus als Doktrin und einer totalen moralischen Umwälzung laut Solschenizyns Postulat) – zustimmen oder nicht, aber wegleugnen kann man es nicht: dafür legen mehr als sechzig Millionen von spurlos Verschollenen, von Erschossenen und zu Tode Gequälten Zeugnis ab. Was können alldem die geistig Tauben, die vor lauter Übersättigung und Müssiggang närrisch gewordenen Existentialisten aus dem anarchistischen Lager entgegensetzen, ausser verantwortungslosem, theoretischem Unsinn?» In der Tat – *was?* Maximows Frage, die man

so doch wohl nicht stellen darf, schliesst die Möglichkeit einer Antwort (somit auch die Möglichkeit des Dialogs) schlechterdings aus; dem «*Kontinent*» ist auf *diese* Weise kaum gedient.

Abgesehen von der fragwürdigen Inanspruchnahme der einzigen und ganzen Wahrheit – sie wird hier mit dem erlittenen Leid gerechtfertigt –, abgesehen auch vom apodiktischen Umgang mit Begriffen wie «Freiheit» und «Wahrheit», abgesehen schliesslich von der moralisierenden, bald polemisch, bald prophetisch gestimmten Tonart, durch die sich gerade die richtungweisenden (und gewiss bedenkenswerten!) Beiträge der Zeitschrift auszeichnen – fällt es schwer, das Innovatorische am *neuen* «*Kontinent*» zu erkennen. Bei näherem Hinsehn erweisen sich die dargebotenen oder geforderten *Neuerungen* als blosse *Erneuerung* von bereits Dagewesenem: So sieht Igor Golomschtock die echten Neuerungen russischer Gegenwartskunst dort, wo diese *erneut* den Zugang zur Überlieferung findet; laut Andrej Sinjawskij wirkt die russische Gegenwartsliteratur dort innovatorisch, wo sie *erneut* dem Volk aufs Maul und den Alten über die Schulter schaut; für Alexander Pjatigorskij findet die russische Gegenwartsphilosophie dort statt, wo man sich *erneut* die metaphysische Dimension des Menschseins bewusst macht.

*

Wenn nun Maximow, in Übereinstimmung mit Solschenizyn und dessen engerem Kreis, eine «totale moralische Umwälzung» anstrebt, so ist damit offenbar nichts anderes als eine *moralische Wiederaufrüstung* beabsichtigt, der das kategorische *Nein* an die Adresse des Sozialismus sowie die *engagierte Aufklärung* über die doktringeschichtlichen Hintergründe und die historische Wirklichkeit des Linkstotalitarismus voranzugehen haben. Wer aber ist berufen, solche Aufrüstungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten?

Solschenizyn – zwar aussenstehender, dennoch unbestrittener Wortführer des «*Kontinent*» – hat dafür die bündige Antwort. In seinem Schreiben an Sacharow und die Kritiker des «*Briefs an die sowjetische Führung*» hält Solschenizyn fest, dass die nun eingeleitete russische «Wiedergeburt» ein Reinigungsprozess, ein «Weg der Reue, der Selbsteinschränkung und der inneren Entwicklung» sein müsse: erst wenn die verführten Intellektuellen Russlands und der sozialistischen Staaten Osteuropas für ihre linke Abweichung Busse getan haben, werden sie – der Vergleich mit der paulinischen Umkehr und dem christlichen Missionsauftrag liegt nahe – ihr «neues Wort» auch vor der westlichen Welt überzeugend vertreten können und diese (Ionesco wünscht es so) zu «erleuchten» wissen. Wer sich indes – wie die Mehrheit der Intellektuellen in Ost und West – *nicht* im Widerstand gegen den kommunistischen Totalitarismus geläutert habe, wer nicht zum Opfer und Zeugen, sondern – als bequemer Opportunist oder als engagierter Mitmacher – zum *Schuldigen* geworden sei, könne heute (dies wird in «*Kontinent*» mehrfach unterstrichen) nicht mehr das Recht beanspruchen, an der kommenden «Umwälzung» mitzuwirken. Die neue Wahrheit wird demnach notwendigerweise *de profundis* – unter Trümmern und Tränen hervor – zu uns, den Uneingeweihten und Unaufgeklärten, dringen. Dazu Sinjawskij: Das «Leiden

um Russland» hat *mehr* zu bedeuten «als alle Illusionen noch so erhabener Seelen». Luděk Pachman: «In den Stunden und Tagen zwischen Leben und Tod fand ich den tieferen Sinn und die höhere Wahrheit des Lebens.» Töricht seien jene westlichen Intellektuellen, für welche der Marxismus «immer noch ein Weg zur ‹höheren Freiheit› und zum ‹sozialen Fortschritt› ist». Für Solschenizyn ist die «marxistische Ideologie» eine «übelriechende Wurzel», die es zu eliminieren gilt: nur so «können wir wieder den Weg zur Menschlichkeit finden». Und Eugène Ionesco bestätigt: «Ihr – die Hunderttausende von Helden, von Märtyrern, ja, von Heiligen, die in den sowjetischen Lagern umkommen –, Ihr könnt noch etwas für diese Welt tun.»

*

Die Grenzziehungen des neuen «*Kontinent*» haben den Vorzug, strikt und klar zu sein, sie implizieren jedoch den nicht geringen Nachteil, sämtliche – auch die *in beiden Richtungen* verbindenden – Brücken zur andern Seite definitiv abgebrochen zu haben. Die andere Seite – das ist die offizielle Sowjetunion und deren osteuropäischer Einflussbereich; es ist damit aber auch, pauschal, die westliche Linke gemeint, jenes Kraftfeld zwischen Sozialdemokratie und Trotzkismus, zwischen Maoismus und Neostalinismus, dem Wladimir Maximow nur mehr intellektuelle Spannungslosigkeit und «stikkige Trägheit» bescheinigen mag. – «*Kontinent*», das «unabhängige Forum», auf dem konkret-kreative Potenzen hätten freigesetzt werden können, erweist sich nach Jahresfrist als recht düstere moralische Anstalt. Die Redaktion wird, wenn sie auf ihrer Plattform die Polarisierung widersprüchlicher Kräfte vermeiden will, für das Gespräch mit Andersdenkenden – ganz im Sinn der eigenen programmatischen Vorsätze – offener werden müssen. Die «*Kontinent*»-Autoren werden im Interesse ihrer unzweifelhaft bedeutsamen Botschaft die Problematik des angestrebten Transfers persönlicher, daher einmaliger und unwiederholbarer Erfahrung (wie Leid, Läuterung, Reue) nochmals und kritischer zu bedenken haben; sie werden auch die bestehende, etwas schulmeisterlich und manchmal allzu pastoral wirkende Lehrhaftigkeit gegenüber dem westlichen Publikum abbauen müssen; schliesslich sollten sie, wo es um sachliche Verständigung geht, für eine Angleichung ihres schwer fassbaren metaphorischen Diskurses an die bei uns gebräuchlichen Begriffssysteme besorgt sein.

Sonst könnte es geschehen, dass der nun «vereinigte Kontinent» schon bald in die Isolierung gedrängt und seinerseits zu einem geistigen Ghetto (statt zur neuen Heimat) der dissidenten Prominenz Osteuropas wird. – «Der Oppositionelle, der über die Grenzen gegangen ist, spricht bald hohl ins Land herein... Denn dann dient er gewollt oder ungewollt einem fremden Interesse. Er wird eines der Mundstücke fremder Propaganda.» Es bleibt zu hoffen, dass «*Kontinent*» seine Existenz gegen diese bitteren Sätze – sie entstammen der «Rechenschaft» von Carl von Ossietzky – zu behaupten vermag.

Felix Philipp Ingold